

## Große Hilfe für kleine Kerle

### Oldenburger Projekt „Parole Emil“ rückt Jungs als „Bildungsverlierer“ in den Blickpunkt

Als „Bildungsverlierer“ wurden Jungs nach den PISA- und IGLU-Studien bezeichnet. Spezifische jungendpädagogische Fortbildungen für Kita-Erzieher und Grundschullehrer entstanden seitdem trotzdem kaum. Das haben zwei Oldenburger Familienbildungsstätten nun geändert – mit der „Parole Emil“.

VON JOHANNES BACKER

**Oldenburg.** Ein lauter Schrei ertönt: „Hier kommt Spider-Man!“ Gefolgt von einem lang gezogenen „Bbbrrrrusch“, mit dem der Spinnenmann auf dem Boden aufschlägt. – Weder zu übersehen noch zu überhören: Die Puppenecke der „Villa Kunterbunt“, in der sonst die Mädchen Vater-Mutter-Kind spielen, ist an diesem Tag fest in Jungs-Hand.

Das liegt an Schlagzeilen wie „Arme Jungs! Das benachteiligte Geschlecht“ (Focus) oder „Schlaue Mädchen, dumme Jungen. Sieger und Verlierer in der Schule“ (Spiegel), an Diskussionen über die „Bildungsverlierer Jungs“ nach den PISA- und IGLU-Studien, an Bitten um Hilfe im Umgang mit „kleinen Machos“ aus Grundschulen. Denn all das veranlasste die Evangelische und die Katholische Erwachsenenbildung Oldenburg (EEB und KEB), Jungs im Kita- und Grundschulalter in den Fokus zu rücken. Das Projekt begann im Februar 2011, endet heute und ist benannt nach dem Schlachtruf aus dem Kinderbuch „Emil und die Detektive“: „Parole Emil!“

„Wir wollten nicht herausfinden, ob Jungs tatsächlich Bildungsverlierer sind“, betont EEB-Leiterin Barbara Heinzerling, „sondern eine Fortbildungsmöglichkeit für Pädagogen schaffen, die ihre Jungs besser verstehen möchten.“ Dazu schlossen sich EEB und KEB mit dem Pädagogik-Institut der Oldenburger Universität zusammen und suchten sich fünf Kitas und zwei Grundschulen der Stadt als Partner.

Herzstück von „Parole Emil“ waren mehrere Praxisprojekte wie ein „Jungen- und Mädchentag“, bei dem geschlechtergleiche Gruppen gebildet wurden – und damit zurück in die Puppenecke: „Es war sehr interessant, wie schnell die Jungs an diesem Tag diesen Spielbereich enterten, an dem sie sonst kaum Interesse zeigen“, erzählt Villa-Kunterbunt-Erzieher Bastian Wendling. „Vielleicht würden sie hier im Alltag ja genauso gerne spielen, kommen aber



Erzieher Steffen Häuser spielt mit Yannic und Dean (von links).

FOTO: DPA

nicht zum Zug.“ Rückschlüsse über das Verhalten der Jungs ließ auch die „Auseinandernehm-Werkstatt“ in der Kita Birkhuhnweg zu, in der Jungs defekte Bügel-eisen oder Fernbedienungen auseinander-schraubten. „Häufig finden wir Erzieher es ja schade, dass Jungs weniger ausdauernd basteln als die Mädchen“, sagt Erzieherin Melanie Suhle, „doch in der Werkstatt waren sie mit großer Beharrlichkeit und Konzentration dabei.“

Dass das richtige Angebot das Interesse kleiner Kerle erhöhen kann, zeigte sich ferner beim Projekt „Vorleseclub und Bücherkiste“. Dafür erweiterten die Kitas Harre-

weg und Birkhuhnweg ihr Bücherangebot um Jungenliteratur, zudem wurden Brüder, Väter und Opas als Vorleser eingeladen. „Dabei hörten die Jungs nicht nur gebannt zu, allgemein lesen sie heute mehr als früher“, berichtet Irene Lüers von der Kita Harreweg.

Erdacht und reflektiert wurden die Projekte in einer Schulung, die der Bremer Sozialpädagogin Alex Sott leitete. An deren Ende stand ein „verändertes Bewusstsein“ der zwölf teilnehmenden Erziehungs- und Lehrkräfte, die Jungs anfangs zumeist als „impulsiv“, „sehr laut“ und „wild“ charakterisiert hatten. „Was belegt, dass an Jungs

schnell das Problematische gesehen wird – nicht das Potenzial“, so Sott.

„Parole Emil“ soll über die heutige Abschlussveranstaltung hinaus wirken. Deshalb entwickelten EEB und KEB aus den Erfahrungen einen Zertifikatskurs, der ab Frühjahr 2013 niedersachsenweit angeboten wird. KEB-Leiterin Ursula Schirakowski und EEB-Leiterin Barbara Heinzerling sind überzeugt: „Der Kurs wird die jungendpädagogische Kompetenz der Erzieher und Lehrer erhöhen – und damit zur Förderung vieler kleiner Emils beitragen.“ Informationen im Internet: [www.eeb-oldenburg.de](http://www.eeb-oldenburg.de) und [www.keb-ol.de](http://www.keb-ol.de)

## Bahnverkehr rollt zweigleisig

### Strecke für Tiefwasserhafen ausgebaut / Ärger um Ratsbeschluss

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Tempo 120 statt 100, höhere Radlasten, längere Überholspuren: Nach anderthalb Jahren Bauzeit ist der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Oldenburg abgeschlossen – und der Jade-Weser-Port besser an das Hinterland angebunden. „Dadurch ist ein leistungsfähiger und zügiger Transport von Waren und Gütern sichergestellt“, erklärte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) gestern zur feierlichen Eröffnung auf einer Sonderfahrt von Varel nach Rastede. Jetzt werde man mit Hochdruck die Maßnahmen zum Lärmschutz an der Strecke fertigstellen und die Planungen für die Elektrifizierung der insgesamt 52 Kilometer zügig vorantreiben.

Aber eben diese Pläne sorgen derzeit in Oldenburg für Ärger. In einem von Oberbürgermeister (OB) Gerd Schwandner trotz Bedenken mitgetragenen Ratsbeschluss fordern CDU, Grüne und Linke – gegen den Widerstand von SPD und FDP – den Bau einer komplett neuen Umgehungsstrecke an Oldenburg vorbei. Gleichzeitig spricht sich diese Koalition gegen die Ertüchtigung von Strecken innerhalb des Stadtgebiets aus – und gefährdet damit Elektrifizierung und Lärmschutz auf der gesamten Strecke. Denn dann müsste das Planverfahren vollständig von vorn neu aufgerollt werden.



Bundesminister Peter Ramsauer FOTO: DPA

Zwar verfügt der Bund auch für die Strecke innerorts über die Hoheit. Weil aber im Zuge des Ausbaus eine viel befahrene Kommunalstraße kreuzungsfrei unter der Bahnlinie hindurch geführt werden müsste, hat die Stadt ein Mitspracherecht. Dies dürfe nicht zur Blockade eingesetzt werden, warnte die Wilhelmshavener Hafengewerkschaftsvereinigung in einem offenen Brief an OB Schwandner. Der Ratsbeschluss behindere den erfolgreichen Start des Containerhafens. „Unglaublich, denn damit wird auch den Interessen Oldenburgs und seines Umlands zuwidergehandelt.“

SPD-Landtagsfraktionschef Olaf Lies forderte Niedersachsens Ministerpräsidenten und CDU-Landeschef David McAllister auf, seine Oldenburger Parteifreunde auf Linie zu bringen. Es könne schließlich nicht sein, dass die schwarz-gelbe Regierung bereits von der zweiten Ausbaustufe für den Jade-Weser-Port rede, aber das Verkehrsproblem in Oldenburg ausblende und dadurch die notwendige Bahn-

anbindung gefährde. Schon nach dem jetzigen Stand, mit der Fertigstellung frühestens 2019, komme die Elektrifizierung viel zu spät. „Das größte Problem des Hafens ist das unkoordinierte Vorgehen der Landesregierung“, kritisierte Lies. Heute wollen McAllister und Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) eine Machbarkeitsstudie für eine große Hafenerweiterung in die Wege leiten.

## Unmut unter Polizisten

### Klagen über wenig Geld, wenig Personal und zu viele Überstunden

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Früher waren die Kollegen von der Autobahnpolizei Braunschweig für 80 Kilometer zuständig, heute sind es fast 200 Kilometer; doch das Personal wurde kaum aufgestockt. „Wir machen fast nur noch Unfälle“, beklagt Rainer Holze, der bis vor einem halben Jahr selbst noch Streife fuhr. Für die eigentlichen Aufgaben älter wie Überwachung des Schwerlastverkehrs, Tempokontrollen oder die Verfolgung von notischen Drängern bleibe kaum noch Zeit.

Abstriche beim Gehalt, Überstunden, unzureichende Ausrüstung, hoher Krankenstand, überalterte Mannschaften – lauten die Kritikpunkte des Personalrats. Intern sei längst von „120er-Streifen“ die Rede, wenn die beiden Insassen eines Einsatzfahrzeuges gemeinsam älter als 120 Jahre seien. Werden diese dann zur Schlichtung eines Diskotheken-Streiters gerufen, müssten sie sich die Frage gefallen lassen. „Hey Opi, was willst du denn hier?“ Mangelnder Respekt und zunehmende Aggressivität melden auch die Feuerwehr. „Unsere Leute werden nicht mehr als Helfer angesehen, sondern als Störer angegriffen“, berichtet Mario Kraatz von der Berufsfeuerwehr Hannover.

Am Freitag wollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jetzt ihrem Unmut unter dem Motto „Mehr Geld und mehr Respekt“ laut Luft-

ma-Gemeinsam mit den Gewerkschaften der Polizei (GdP), Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verdi wollen sie Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) einen abgenadelten Tannenbaum als Symbol für die spärliche Entlohnung überreichen. Oben auf der Wunschliste steht dabei die Wiedereinführung des vollen Weihnachtsgeldes. Dieser Forderung stehen allerdings die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP eher skeptisch gegenüber; nur die Linken versprechen hier eine dicke Bescherung nach der Wahl. Derzeit bekommen in Niedersachsen nur die unteren Besoldungsgruppen eine jährliche Sonderzahlung von 420 Euro. In anderen Bundesländern insbesondere im Süden und bei der Bundespolizei liegen die Sätze deutlich höher. Aus Südniedersachsen seien bereits etliche Kollegen wegen der besseren Bedingungen nach Hessen abgewandert.

Weniger für mehr Geld als vielmehr für bessere Arbeitsbedingungen gehen die Lehrer auf die Straße. Kleinere Klassen und Befreiung von bürokratischen Verwaltungsaufgaben, vor allem aber eine Rücknahme der Pension mit 67 sowie eine spezielle Absenkung der Altersgrenze für Pädagogen seien unabdingbar, meint Laura Pooth, Englisch- und Deutschlehrerin an einer Oberschule im Landkreis Leer. „Viele ältere Kollegen sind einfach völlig ausgebrannt.“



Finanzminister Hartmut Möllring FOTO: DPA

## Datenweitergabe empört Kammern

### Ministerium prüft Abrechnungen

**Hannover (wk).** Die niedersächsischen Handwerkskammern sehen sich durch Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Aufwandsentschädigungen zu Unrecht an den Pranger gestellt. „Es gab keine Unregelmäßigkeiten“, betonte der Hauptgeschäftsführer der Landesvertretung der Kammern, Michael Koch, gestern auf einer Pressekonferenz. Vom Wirtschaftsministerium in Hannover forderte er Aufklärung darüber, wie eine interne Liste an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

In der Liste war der zeitliche Aufwand von Kammerpräsidenten für die Wahrnehmung repräsentativer Termine – inklusive An- und Abfahrt und eventueller Bürotätigkeit im Anschluss an das Ereignis – aufgelistet. Die Aufstellung war dem Ministerium als Basis für eine geplante neue Berechnungsgrundlage weitergeleitet worden. „Diese Liste war aber nie Grundlage einer Abrechnung“, erklärte Koch. Bezahlt werden die Entschädigungen aus den Pflichtbeiträgen der 83000 niedersächsischen Handwerksbetriebe.

Koch äußerte sich zugleich besorgt über eine neue Entschädigungspraxis, die künftig Zahl und Höhe der Aufwandszahlungen beschränkt. Sie sollen ab Januar für die Präsidenten der sechs Handwerkskammern auf 20 Euro pro Stunde und maximal 960 Stunden pro Jahr festgesetzt werden. „Es steht zu befürchten, dass nun eine Flucht aus dem Ehrenamt einsetzt“, sagte Kammerpräsident Rolf Schneider. Nach seinen Schätzungen fehlt durch den Aufwand für seine ehrenamtliche Kammeraufgabe etwa die Hälfte der Zeit in seinem Kleinbetrieb, den er leitet. „Der Aufwand für das Ehrenamt ist weitaus höher als die Entschädigung“, betonte er.

ANZEIGE

Kirsten Seger, Geschäftsführerin  
TREASURES – Homeaccessoires

Mit der Anzeigenschaltung in der Horn-Leher Stadtteil-Ausgabe des WESER-KURIER erreichen wir unsere Nachbarschaft direkt – und erweitern erfolgreich unseren Kundenkreis.

WESER KURIER

### NACHRICHTEN IN KÜRZE

#### LUNGENERKRANKUNG Virusinfektion in Pflegeheim

**Coppenbrügge.** Ein Virus hat bei rund 20 Bewohnern eines Seniorenpflegeheimes in Coppenbrügge (Kreis Hameln-Pyrmont) Lungenerkrankungen hervorgerufen. Nun sei bekannt, dass es sich um Erreger des Typs Influenza A handle, sagte Landkreissprecherin Sandra Lummitsch. Der Unter-typ sei zwar noch nicht bekannt. Es sei jedoch ausgeschlossen, dass es sich um Schweinegrippe handelt. Die Heimbewohner und eine Mitarbeiterin waren mit teils heftigem Husten, Lungenproblemen und hohem Fieber in verschiedene Krankenhäuser der Region gebracht worden. Bei einer Patientin hatte Lebensgefahr bestanden.

#### GENEHMIGUNGSVERFAHREN Stromleitungsausbau rückt näher

**Hannover-Oldenburg.** Nach monatelanger Verzögerung rückt der Stromleitungsausbau zwischen Ganderkesee und St. Hülfe im Landkreis Diepholz in greifbare Nähe. Die Bedingungen fürs Genehmigungsverfahren lägen nun vor, teilte das zuständige niedersächsische Umweltministerium gestern mit. Zuvor hatte der Netzbetreiber TenneT TSO GmbH alle nötigen Unterlagen eingereicht. Umstritten waren Abschnitte, die zu nahe an Wohngebieten entlangführen. Ein gerichtlicher Vergleich im September hatte dann den Weg geebnet. Das Land Niedersachsen will an problematischen Stellen nun eine teilweise Erdverkabelung anordnen.

REDAKTION NORDDEUTSCHLAND  
Telefon 0421/36 71 32 05  
Fax 0421/36 71 10 28  
E-Mail:  
[norddeutschland@weser-kurier.de](mailto:norddeutschland@weser-kurier.de)

## Wird aus Wilhelmshaven und Friesland 2014 ein Großkreis?

VON MARTIN WEIN

**Wilhelmshaven-Jever.** In bislang vertraulichen Gesprächen erwägen die politischen Spitzen im Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven einen Zusammenschluss zum Ende des Jahres 2013. Ein externes Gutachten der Gemeinschaftsstelle für Kommunalmanagement in Köln soll dafür bis Mitte kommenden Jahres die Argumente liefern. Gestern waren die Gutachtenkosten von 130000 Euro Thema in den politischen Gremien beider Gebietskörperschaften. Entstehen würde ein Großkreis mit rund 180000 Einwohnern.

Martin Steinbrecher, Präsident des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven-Friesland, hatte schon vor Jahren eine Fusion gefordert. Historisch bedingt kamen solche Ideen in Wilhelmshaven lange

Zeit schlecht an. Denn die preußische Stadt gehörte bis 1919 zum Kreis Wittmund und fühlte sich dort schlecht vertreten. Für viele Wilhelmshavener ist es auch heute noch schwer vorstellbar, sich einer kleinen Verwaltung in Jever oder Wittmund unterzuordnen. Immer weniger Einwohner, immer mehr Arbeitslose und soziale Probleme sowie 220 Millionen Euro Schulden zwingen zum Handeln. Dass Wilhelmshaven von selbst wieder auf die Füße kommt, glaubt in Hannover jedenfalls niemand.

In den Nachbarregionen Wilhelmshavens befürchten viele eine Verschlechterung ihrer eigenen Situation durch eine Fusion. Vertreter der Gemeinden lehnen eine Übernahme der Wilhelmshavener Schulden ab. In einer dünnen gemeinsamen Erklärung von Landrat Sven Ambrosy (SPD) und Wilhelmshavens Oberbürgermeister Andreas

Wagner (CDU) kommt das Wort Fusion denn auch nicht vor.

Andererseits hat die Region in den letzten Jahren mit Kooperationen durchaus gute Erfahrungen gemacht. Die kommunalen Krankenhäuser arbeiten zusammen. Die Verwaltungen haben ein gemeinsames Veterinäramt. Beim Bau des Jade-Weser-Ports hat man kooperiert und nach dem Wechsel des Oberbürgermeisters in Wilhelmshaven im Herbst offenbar auch einen besseren Gesprächston entwickelt. Insbesondere Ambrosy sieht in einer Fusion großes Synergie-Potenzial. Möglich wäre etwa ein Personalabbau bei der Stadt Wilhelmshaven und ihren Gesellschaften, die rund 2500 Mitarbeiter beschäftigen, sowie die Senkung der Verwaltungskosten.

Ge drängt sehen sich Stadt und Landkreis vom Land. So hatte der Verwaltungs-

wissenschaftler Joachim Jens Hesse schon 2010 in einem Gutachten für die Landesregierung eine Gebietsreform angemahnt. Demnach müssten Wilhelmshaven und Friesland zwingend fusionieren. Den Kreis Wittmund will Hesse ebenfalls integrieren oder einem Großkreis Ostfriesland mit den kreisfreien Städten Emden und Leer zuschlagen.

Bei einer Fusion bis Ende 2013 will das Land bis zu drei Viertel der kurzfristigen Verbindlichkeiten, die bis 2009 aufgelaufen sind, aus seinem Zukunftsfonds begleichen. Der Landkreis Friesland könnte sich so um neun Millionen Euro entschulden, Wilhelmshaven um etwa 37 Millionen Euro. Stadt und Landkreis wollen einer Zwangsfusion von oben zuvor kommen. Die Frist für freiwillige Zusammenschlüsse läuft 2014 ab.